

Die Waffen nieder!

Resolution der Delegiertenversammlung der IG Metall Salzgitter-Peine



Mit großer Sorge beobachten wir die zunehmende Eskalation in den militärischen Konflikten, aber auch in der Sprache der Politik und der Medien. Statt deeskalierend zu wirken und Feindbilder abzubauen, ist man wieder dabei alles in Gut und Böse, richtig und falsch, Schwarz und Weiß einzuteilen und ganz bewusst personifizierte Feindbilder aufzubauen.

Obwohl mehr als zwei Drittel der Bevölkerung Waffenlieferungen an die Kurden ablehnen, hat die Bundesregierung genau dies beschlossen. Hier verstößt sie nicht nur gegen die Interessen der Bevölkerung, sondern sie verschärft die Konflikte und verstößt gegen das Völkerrecht und gegen unser Grundgesetz.

„**Die Waffen nieder!**“ - Dieser Aufruf Bertha von Suttners am Vorabend des 1. Weltkriegs hat rund 100 Jahre später wieder traurige und aufrüttelnde Aktualität erlangt. Daher ist es nun an der Zeit, dass wir als Gewerkschaften offen und nach außen für alle sichtbar Position beziehen. Wir fordern den Vorstand auf, sich im DGB dafür einzusetzen eine bundesweite Aktion „**Die Waffen nieder! - Fünf Minuten für den Frieden!**“ durchzuführen. Wenn dies im DGB nicht möglich sein sollte, muss die IG Metall diese Aktion durchführen. Dabei soll ausgehend von der im § 2 unserer Satzung beschriebenen Aufgabe, sich für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung einzusetzen zu den aktuellen Konflikten Position bezogen werden:

1. **Waffenlieferungen** in das Pulverfass des Nahen und Mittleren Ostens sind ein ebenso fataler wie folgenschwerer Fehler. Waffenexporte wirken mittel- und langfristig destabilisierend, sie sind somit äußerst verantwortungslos und im Endeffekt wird damit nur noch mehr Öl ins Feuer geschüttet.
2. **Waffenexporte** in das Bürgerkriegsland Irak sind grundgesetz- und völkerrechtswidrig und verstoßen gegen das Gewaltverbot der UN. Durchbrechungen des Gewaltverbotes kommen allein auf der Grundlage des Selbstverteidigungsrechts oder in Form von Maßnahmen des UN-Sicherheitsrates nach Kapitel VII der UN-Charta in Betracht. Das gleiche gilt auch für Militärschläge gegen die IS, denn man kann diesem Terror nicht tatenlos zusehen. Dies ist aber nicht Aufgabe selbsternannter Weltpolizisten – hier ist jetzt die UNO gefordert!
3. **Wir** sind der Auffassung, dass Deutschland Verantwortung übernehmen und in diesen Krieg eingreifen soll. Allerdings muss sich Deutschland dabei als Friedensmacht definieren. Diese Zielvorgabe schließt Waffenlieferungen definitiv aus und verlangt stattdessen politische Einflussnahme auf Staaten wie die Türkei, Saudi-Arabien und Katar, die u.a. die Terrorereinheiten des "Islamischen Staats" ausrüsten, beziehungsweise finanzieren. Und sie verlangt von Deutschland eine Vervielfachung humanitärer Leistungen und der Flüchtlingsaufnahme. Genozide müssen aktiv verhindert werden - genau deshalb bedarf es der Schaffung von Fluchtwegen und der aktiven Fluchthilfe, verbunden mit massiver humanitärer Unterstützung.

4. **Die** von der Bundesregierung bereitgestellten 50 Millionen Euro für humanitäre Zwecke reichen dabei bei weitem nicht aus. Darüber hinaus ist es ein friedenspolitischer Affront, dass für die gleichzeitig beschlossenen Waffenlieferungen 70 Millionen ausgegeben werden. Deutsche Außen- und Wirtschaftspolitik muss von den Zielen Abrüstung, zivile Hilfen und fairer Handel geprägt sein und nicht von militärischen Interventionen. Im Vordergrund muss das Bemühen stehen, allen Menschen ein Leben ohne Not zu sichern, ihnen Sicherheit vor Armut, Krankheit, Ausgrenzung und Verletzung ihrer Menschenrechte zu geben.
5. **Wir** begrüßen den Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas. Dieser reicht aber noch nicht aus. Hier müssen jetzt weiter Verhandlungen geführt werden, die zu einem dauerhaften Frieden führen. Mit Erschrecken mussten wir feststellen, dass dieser Krieg von den unterschiedlichsten Kräften in Europa und gerade auch in Deutschland für eine antisemitische Hetzpropaganda genutzt wurde und wird. Hiergegen müssen wir offensiv unsere Stimme erheben!
6. **Aber** auch in der Ukraine setzen die maßgeblichen Kräfte zur Durchsetzung ihrer Interessen ausschließlich auf Gewalt. In diesem Krisengebiet trägt der Westen - USA, EU und Deutschland - eine große Verantwortung für ein Ende der Gewaltspirale. Mit einer weiteren Eskalation droht der Untergang der Europäischen Idee, tragen wir Europäer eine Mitschuld an Nationalismus und Hass für Generationen.
7. **Von** daher begrüßen wir das Minsker Memorandum für Frieden in der Ostukraine. Das Memorandum ist als Teil eines Friedensplans des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko und einer Initiative Wladimir Putins auf Vermittlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zustande gekommen. Es enthält neun Punkte zur Lösung der Krise.
8. **Wir** fordern die Regierungen der OSZE-Mitgliedsstaaten dazu auf, darauf hinzuwirken, dass die OSZE auch weiterhin diese Vermittlerrolle einnimmt und die offizielle OSZE-Beobachtermission nach der Genfer Erklärung in der Ukraine hierfür deutlich aufgestockt wird.
9. **Wir** erteilen allen NATO - Plänen, die eine Stationierung von Truppen und eine verstärkte Militärrepräsentanz in Osteuropa vorsehen, eine Absage. Diese Politik des „Säbelrasselns“ führt unweigerlich in einen „Kalten Krieg“; wie wir ihn in Europa über Jahrzehnte erleben und erleiden mussten. Deshalb ist der Nato-Russland Vertrag aktiv neu zu beleben. Als Ergebnis daraus, sind friedensichernde Maßnahmen u.a. zwischen den baltischen Staaten und Polen einerseits sowie Russland andererseits zu treffen.
10. **Wir** warnen eindringlich davor, die Europäische Friedensordnung weiterhin mit Kriegsrhetorik, Eskalationshandlungen und Sanktionsdrohungen in Politik und Medien derart fahrlässig aufs Spiel zu setzen. Wir appellieren als Gewerkschaften an alle, die in Parteien, in Vereinen, Verbänden, Medien und zivilgesellschaftlichen Institutionen tätig sind, sich den Forderungen dieser Resolution für den Frieden anzuschließen und gegenüber den Verantwortlichen der gegenwärtigen Entwicklungen entsprechend deutlich Stellung zu beziehen.

Die Gewerkschaften sind gefordert diese Entwicklungen nicht unwidersprochen hinzunehmen. Über die Aktion **„Die Waffen nieder! - Fünf Minuten für den Frieden!“** wollen wir als Gewerkschaften dieses Thema bundesweit platzieren. Dies kann jedoch nur der Anfang sein – weitere Aktionen müssen und werden folgen.

Salzgitter, 22.09.2014